

## 6. Die 70er Jahre

### 6.1 Zur Situation in der Landwirtschaft und Veterinärmedizin

Allgemein hatte die größere Selbständigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in der DDR Ende der 60er Jahre strukturpolitische Wirkungen, die nicht mit den Zielen der Führung übereinstimmten. Aus diesem Grund wurde per Staatsratsbeschluss die "Planung volkswirtschaftlich strukturbestimmender Erzeugnisse, Verfahren und Technologien" erneut in die Hände der Staatsadministration zurückgegeben. Daraus folgten vielfältige Disproportionen im "Ökonomischen System des Sozialismus". Die DDR geriet in ökonomische Schwierigkeiten, die für den Führungswechsel an der Spitze der SED von Walter Ulbricht zu Erich Honecker nicht unbedeutend waren. Dieser Führungswechsel vollzog sich mit dem 8. Parteitag der SED im Jahre 1971, der als die ökonomische Hauptaufgabe formulierte: Weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität. Erfüllt werden sollte diese Hauptaufgabe ausschließlich durch ein intensives Wirtschaften. Es wurde die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" propagiert und von Honecker u.a. mit den Worten: "Es kann nur das verteilt werden, was vorher erarbeitet worden ist", kommentiert (Möller, 1988).

Mit Beginn der siebziger Jahre wurde zur Gestaltung des ökonomischen System des Sozialismus u.a. folgendes festgelegt:

- Die weitere Konzentration und Spezialisierung sowie die schrittweise Anwendung der industriemäßigen Produktion und komplexen Rationalisierung sind durchzusetzen.
- Beginnend mit der Planung 1969 sind einheitliche und komplexe Jahresvolkswirtschaftspläne der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft eigenverantwortlich auszuarbeiten und durchzuführen

(Akte: DY 30/ IV A2/ 7/ 27, SAPMOB).

Eine entscheidende Funktion übte in der vorgeschlagenen Systemregelung der neue einheitliche Preis für Erzeugnisse der Tierproduktion aus. Die Wirkungsweise der einheitlichen Preise für Erzeugnisse der Tierproduktion wurde durch eine vorgeschlagene Abgabe ergänzt. Diese Abgabe betrug für die LPG Typ III im Durchschnitt der Republik etwa 5% und für die LPG Typ I und II etwa 8-9% ihrer Erlöse (Akte: DY 30/ IV A2/ 7/ 27, SAPMOB).

An folgenden Zahlen wird die Landwirtschaftsentwicklung dieser Zeit verdeutlicht: Pro-Kopf-Verbrauch (PKV) und Eigenversorgungsgrad (EVG) in % an Erzeugnissen der Tierproduktion:

Produkte	1970		1978	
	PKV	EVG	PKV	EVG
Fleisch u.				
-waren in kg	66,1	102,0	86,2	106,0
Butter in kg	14,6	87,0	15,2	111,0
Trinkmilch in kg	98,5	100,0	99,8	100,0
Eier in Stück	239,0	102,0	284,0	102,0

(Akte: J IV 2 / 7 / 9, SAPMOB)

Viehbestandsentwicklung in der DDR seit dem 8. Parteitag der SED (1970 - 1978):

bei Rindern	Steigerung um	7,4%
bei Schweinen	Steigerung um	21,2%
bei Schafen	Steigerung um	23,0%
bei Legehennen	Steigerung um	3,1% <sup>36</sup>

(Akte: J IV 2 / 7 / 9, SAPMOB)

Zur Verwirklichung dieser sogenannten "strategischen Zielstellung" waren im Fünf-jahrplanzeitraum u.a. folgende Leistungssteigerungen bei den landwirtschaftlichen Nutztieren geplant worden:

- Je Kuh eine Erhöhung der Milchleistung um 250 bis 300 kg und die Aufzucht von 90 bis 92 Kälbern je 100 Kühe.
- Für die Schweineproduktion sind je Sau 2 Läufer im Jahr mehr aufzuziehen und je Schwein des Anfangsbestandes ist die Fleischproduktion um 13 bis 15 kg zu erhöhen.
- Im Zusammenhang mit der Leistungsselektion und den großflächigen Sanierungsmaßnahmen sollen künftig durchschnittlich 25 Färsen je 100 Kühe abkalben bzw. je 100 Sauen 50 Jungsauern aufgezogen werden.
- Für die Verbesserung der Fruchtbarkeit gilt es, eine Zwischenkalbezeit von 365 Tagen zu erreichen.

Ende 1971 wurde der Schweinebestand der DDR mit 10 Mio. Tieren, davon 992.000 Sauen, angegeben (Lemke, 1972).

<sup>36</sup> Der Quelle waren nur Prozentzahlen zu entnehmen, weitere Zahlenangaben waren nicht vorhanden.

Folgende Anlagentypen sollten ab 1974 in der DDR errichtet werden (Schwedler, 1974):

bei Milchvieh -	2.000er Anlagen,
bei Jungvieh -	4.480er bzw. 5.200er Anlagen,
bei Kälbern -	3.200er,
bei Mastrindern -	16.000er,
bei Mastschweinen -	25.000er Anlagen sowie die 100.000er Anlagen und
bei Sauen -	5.600er Anlagen.

Etwa 10% der Investitionen in diesem Teilbereich der Landwirtschaft waren für die Rekonstruktion von Anlagen eingeplant, in denen man noch 1990 produzieren wollte. Die neuen Anlagentypen sah man vorrangig auch als Stätten für Praktika und das produktive Studium der Studenten vor (Schwedler, 1974).

Seit 1970 konnten bedeutende Schritte bei der Entwicklung der Tierbestände erreicht und hohe Tierkonzentrationen mit dem Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden geschaffen werden. So wurde der Rinderbestand um 353.000 Tiere auf 5.518.000 Rinder, der Schweinebestand um 2.009.000 Tiere auf 10.610.000 Tiere erhöht.

Es produzierten zu dieser Zeit industriemäßige Anlagen der Kälberaufzucht mit 1.600 bzw. 3.200 Plätzen, der Jungrinderaufzucht mit 5.000 bzw. 15.000 Plätzen, der Milchproduktion mit 2.000 Kuhplätzen, der Bullenmast mit 13.000 Plätzen, der Läuferproduktion mit 1.000 und 5.600 Sauenplätzen, der Schweinemast mit 12.000 und 24.000 Plätzen sowie in den Schweinezucht- und Mastkombinaten mit 100.000 Stallplätzen (Schwedler, 1975).

In der Direktive zum 9. Parteitag wurde über die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR von 1976 bis 1980 festgehalten, daß in der Tierproduktion sämtliche Ziele überboten werden konnten (Akte: ehem. SED: 21603/1, SAPMOB).

Ende 1969 waren 24 % der Tierärzte in der DDR in staatlichen sozialistischen Gemeinschaftspraxen tätig. Die Arbeit wurde von staatlicher Seite u.a. so eingeschätzt, daß die Tierärzte, Veterinärtechniker und alle anderen Mitarbeiter im Veterinärwesen in den vergangenen Monaten harte Arbeit geleistet hätten. Die Dasselarvenkrankung der Rinder wäre nahezu getilgt, in der Tuberkulosebekämpfung gehe man der Endsanierung entgegen und aufflackernde MKS-Herde sind schnell und konsequent getilgt worden, bevor es zu einer Ausbreitung kommen konnte (Heinicke, 1970).

Der sich in den nächsten Jahren verstärkt vollziehende Übergang zur industriemäßigen Produktion sei immer verbunden mit einer weiteren Konzentration von Beständen einer Tierart in spezialisierten Produktionseinheiten. Konsequenzen für das Veterinärwesen daraus wären darin zu sehen, daß der Tierarzt künftig mehr und mehr als spezialisierte Fachkraft tätig sein wird, daß auch zunehmend Arbeitskollektive des Veterinärwesens als Angehörige solcher spezialisierten Betriebe tätig sein werden und daß auch Tierärzte zunehmend Leitungsfunktionen in solchen spezialisierten Produktionseinheiten übernehmen würden.

Erforderlich sei auch, daß die Tierärzte gemeinsam mit den Genossenschaftsbauern und Landarbeitern die Voraussetzungen schaffen, damit alle Reserven wie Küchenabfälle, Schlachtblut, Pansen- und Mageninhalte der geschlachteten Tiere restlos erfaßt und so eingesetzt werden, daß sie einen hohen Effekt erreichen und keine Verluste verursachen (Lemke, 1972)

In einer Information über die 3. Plenarsitzung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften vom 26. Mai 1972 zu Fragen der Senkung der Tierverluste wurde protokolliert, daß "die industriemäßigen Anlagen den Einsatz von Betriebstierärzten erfordern und die Ausbildung der Tierärzte künftig in den industriemäßigen Anlagen erfolgen muß "(Akte: ehem. SED: 13240/2, SAPMOB).

Mit der weiteren Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion engte sich die Wirksamkeit der staatlichen tierärztlichen Einzelpraxen immer mehr ein. Deshalb schlossen sich die Tierärzte, Veterinäringenieure und Veterinärtechniker zu staatlichen tierärztlichen Gemeinschaftspraxen (STGP) zusammen, in denen 1973 bereits 88 % der Fachkräfte in der Praxis arbeiteten (Schwedler, 1975).

In den Mitgliedsländern des RGW, zu denen die DDR seit 1950 gehörte, wurden einheitliche und gemeinsame veterinärsanitäre Normen für die industriemäßige Tierproduktion, für die Verarbeitungsbetriebe und die Qualität der Produkte ausgearbeitet (Schwedler, 1974).

## 6.2 Das Hochschulwesen

Analog zum Fünfjahrplan in der Volkswirtschaft gab das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen am 10. August 1971 eine "Arbeitsdirektive" heraus, in der von den Beschlüssen des 8. Parteitages ausgegangen wurde (Akte: DY 30/ IV A2/ 7/ 226, SAPMOB). Darin hieß es, daß durch die Heranbildung einer der Arbeiterklasse treu ergebenden Intelligenz die Hoch- und Fachschulen wesentlich dazu beitragen würden, daß die Macht und die führende Rolle der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten weiter verstärkt würde. Das wichtigste sei, die Qualität der Ausbildung, vor allem das Niveau der Lehre, weiter zu erhöhen und die klassenmäßige Erziehung der Studenten zu verbessern. Außerdem sei eine hohe Staats- und Plandisziplin durchzusetzen, die eine Analyse und Kontrolle sowie die Rechenschaftslegung als Bestandteil der Leitungstätigkeit beinhalte. In den landwirtschaftlichen Studienrichtungen sei es notwendig, die Ausbildung noch besser auf die Erfordernisse des planmäßigen Übergangs zu industriellen Produktionsmethoden zu orientieren.

In allen Studienrichtungen sollte eine Sprachausbildung in Russisch erfolgen. Die sozialistische Wehrerziehung sei zum festen Bestandteil der geistigen und körperlichen Erziehung und Bildung der Studenten zu entwickeln. Die militärische und Zivilverteidigungsausbildung seien dabei wichtige Bewährungssituationen in der klassenmäßigen Erziehung und Haltung des Lehrkörpers und der Studenten. Bis 1975 sollte für alle Studienjahre schrittweise die obligatorische Sportausbildung verwirklicht werden. An den Hochschulen sei besonderer Wert auf die Entwicklung des Massensports und des Wehrsports zu legen.

Eine Einbeziehung der Studenten in die auftragsgebundene Forschung wurde angestrebt. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und interdisziplinäre Forschungsk Kooperation von Gesellschafts- und Naturwissenschaftlern sollte verstärkt werden.

Die Durchsetzung der Absolventenordnung vom 15. April 1971 sollte ab 1973 in vollem Umfang gewährleistet werden. Dabei waren die Absolventen entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen einzusetzen.

Bei der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchskräfte in der DDR war ein hoher Anteil an Arbeiter- und Bauernkindern sowie die Erhöhung des Frauenanteils angestrebt worden.(Akte: DY 30/ IV A2/ 7/ 226, SAPMOB).

Deutlich wurde darauf hingewiesen, daß die ideologische Situation an den Hochschulen regelmäßig zu analysieren sei. Die Ergebnisse der Entwicklung der Lehre, Forschung und Weiterbildung flossen in den sozialistischen Wettbewerb ein (Akte: DY 30/ IV A2/ 7/ 226, SAPMOB).

Als zukünftige Ziele wurden von Prof. H.-J. Böhme, damaliger Minister für Hoch- und Fachschulwesen, 1972 herausgestellt, daß es darum ging, in ganz solider, sachlicher Arbeit zu erreichen, daß die Absolventen qualifizierte Mathematiker, Mediziner usw. und zugleich bewußte Sozialisten seien. Es ginge um die Erreichung hoher Qualität in der Forschung. Das sei die Aufgabenstellung des 8. Parteitages an die Hoch- und Fachschulen der DDR.

Als Aufgabe für die FDJ- Studenten wurde vom Zentralrat der FDJ festgelegt, daß die FDJ die grundsätzliche Aufgabe habe, als Helfer und Reserve der SED und unter ihrer Führung einen großen Beitrag zur Vertiefung des sozialistischen Klassenbewußtseins jedes Studenten zu leisten.

Der Kampf gegen Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie sei und bleibe eine wichtige Aufgabe der Arbeit. Der Marxismus-Leninismus sollte mit vorrausgesetzter Leidenschaft studiert werden, so daß das Ziel -jeder Student ein Propagandist der Weltanschauung der Arbeiterklasse und der Politik der SED- erreicht werden würde. Eine weitere Aufgabe war, die Ergebnisse der Sowjetwissenschaft anzuwenden und die russische Sprache zu erlernen. Für die sozialistische Bewußtseinsentwicklung aller Freunde sollten die monatlichen FDJ- Mitglieder- versammlungen und die Zirkel im FDJ- Studienjahr von grundsätzlicher Bedeutung sein. Jedes Seminar wurde mit einer Einschätzung über das Denken und Handeln jedes einzelnen Freundes auf der Grundlage der persönlichen Aufträge beendet (Schneider, 1973).

Die anlässlich der Studententage 1975 an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführte wissenschaftliche Studentenkonferenz mit ihrer Plenartagung gab erstmalig Beststudenten die Möglichkeit, Vorträge und Diskussionen zur Thematik der fertiggestellten Diplomarbeiten als vorfristige Diplomverteidigung bewerten zu lassen (Akte: 400 Direktorat, HUB Archiv).

In den veterinärmedizinischen Ausbildungseinrichtungen sah man als wichtig an, daß die Aufgaben, die vom 8. Parteitag gestellt wurden, den Erziehungskonzeptionen und Studieninhalten an den veterinärmedizinischen Ausbildungsstätten zugrunde gelegt werden müßten. Unabhängig davon seien auch die Aufgaben zum Schutze der menschlichen Gesundheit im Rahmen der Nahrungsgüterwirtschaft bis hin zur Durchsetzung der sozialistischen Landeskultur entsprechend zu beachten.

Die Grund- und besonders die Fachausbildung habe sich deshalb in den Erziehungszielen und im Inhalt auf den vorrangigen Einsatz der Kader des sozialistischen Veterinärwesens bei der Entwicklung der industriemäßigen Tierproduktion mit einer auf das Höchstmaß an Produktionssicherheit orientierten veterinärmedizinischen Tätigkeit und Produktionskontrolle zu beziehen.

Die Fachausbildung sollte der Herausbildung hervorragender Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Herdendiagnostik gewidmet werden. Die komplexe Beurteilung der Erscheinungen der Gesundheitsstörungen und Leistungsminderungen großer Tierstapel, ausgehend von der Einzeltierdiagnostik, mußte dabei in den Vordergrund gestellt werden. Den veterinärmedizinischen Ausbildungsstätten war die erstrangige Aufgabe gestellt worden, Diplomveterinärmediziner als sozialistische Leiterpersönlichkeiten auszubilden, die disponibel für eine weitere spätere Spezialisierung einsetzbar waren. Mit der Einrichtung des Diplomverfahrens, auch für die Fachrichtung Veterinärmedizin, sollte eine echte Steigerung des wissenschaftlichen Niveaus der Absolventen erzielt werden.

Die ersten Forschungsstudenten der Veterinärmedizin, die in einem dreijährigen Studiengang nach Ablegen der Hauptprüfung die Dissertation erarbeiteten, nahmen in dieser neuen Form der Ausbildung ihre Tätigkeit im Jahre 1972 auf.

An erster Stelle der Schwerpunkte in der Erziehungsarbeit an den veterinärmedizinischen Fachrichtungen sei die weitere Verbesserung der klassenmäßigen Erziehung auf der Grundlage des Marxismus- Leninismus zu sehen. Es wurde aber auch an eine Erweiterung der technologischen Ausbildung bis hin zur Lehre in der Technologie der tierärztlichen Tätigkeit in der industriemäßigen Tierproduktion, an die Erweiterung der pathophysiologischen Grundausbildung, an die Eingliederung der Leitungswissenschaften und eine weitere Betonung solcher Fachgebiete, wie der Tierhygiene, der Reproduktion und der Toxikologie u.a. gedacht. Mit der Anordnung über die Durchführung von postgradualen Studien zur Weiterbildung zum Fachtierarzt an den Universitäten und Hochschulen der DDR vom 20. Mai 1970 übernahmen die beiden Sektionen Tierproduktion und Veterinärmedizin in Berlin und Leipzig eine neue, wichtige und zugleich umfangreiche Aufgabe (Mehlhorn, 1972). Ausbildungsrichtungen waren in Berlin: Rinder- und Geflügelproduktion sowie Lebensmittelhygiene bzw. Hygiene der Nahrungsgüterwirtschaft und in Leipzig: Staatsveterinärkunde sowie Schweineproduktion.

Gemeinsam mit dem ehemaligen Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR war die Einführung folgender 3 Spezialrichtungen in der postgradualen Weiterbildung schrittweise für den kommenden Fünfjahrplan-Zeitraum (ab 1975) vorbereitet worden:

- Fachtierarzt für Schafproduktion - Berlin
- Fachtierarzt für kleine Haus- und Pelztiere - Leipzig
- Fachtierarzt für Laboratoriumsdiagnostik - Berlin (Schwedler, 1975).

## **6. 3 Die Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin**

### *6.3.1 Erziehung und Ausbildung*

#### 6.3.1.1 Organisation

Im Frühjahr 1968 wurde in einer Analyse des Hoch- und Fachschulministeriums festgehalten, daß bis 1980 ca. 1400- 1800 DVM (Diplomveterinärmediziner) in der DDR mehr gebraucht würden. Daraus resultierte eine Zulassung zum Studium von jährlich 80 bis 100 Direktstudenten. Am 29. Januar 1970 wurde im selben Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen festgelegt, daß von 1970 bis 1980 nur jährlich 60 Neuimmatrikulationen vollzogen werden sollten.

Einem Briefwechsel des damaligen Landwirtschaftsministers der DDR, Georg Ewald, an das Zentralkomitee der SED vom Januar 1970 war u.a. der Vorschlag zu entnehmen, an der Sektion TPV der Humboldt-Universität die Immatrikulationen ab 1971 im Hinblick auf den verfügbaren Lehrkörper und die unzureichenden räumlichen Voraussetzungen auf jährliche 80 zu senken und im Jahre 1974 vollständig einzustellen. Bis zu ihrer Auflösung durch den Abriß könnte die Sektion dann Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Fortbildungsaufgaben übernehmen. Eine Immatrikulation auf dem Gebiet der Veterinärmedizin sollte an der Sektion aber nicht mehr stattfinden (Akte: DY 30/ IV A2/ 7/ 226, SAPMOB).

Dagegen ergab eine internationale Einschätzung der Bedarfs- und Versorgungsrelationen an Tierärzten in den Jahren 1960 bis 1980, daß in den nächsten Jahrzehnten der Bedarf an Tierärzten in der Welt erheblich ansteigen werde. Bei einer Zunahme des Bedarfes an Eiweiß tierischer Herkunft um 15 % bis 1975 würden zum gleichen Zeitpunkt 10 % mehr Tierärzte benötigt. Bis 1980 werde der Bedarf an tierischem Eiweiß sich nochmals um 10 % erhöhen und der Bedarf an Tierärzten ebenfalls um 10 %. Berücksichtigt man die tierärztliche Versorgung der nicht für die Zwecke der menschlichen Ernährung gehaltenen Tierarten, dürften im Weltmaßstab 1980 annähernd 500.000 Tierärzte benötigt werden. Das ist nahezu das Doppelte dessen, was bis zu dem genannten Zeitpunkt geplant ist. Bei der mit Nachdruck geforderten wirtschaftlichen Weiterentwicklung und der gleichzeitigen Zunahme der Bestände der der Welternährung dienenden und der zu anderen Zwecken gehaltenen Tierarten erwuchs die zwingende Notwendigkeit, mehr Tierärzte auszubilden (Busse, 1969).

Diese Zukunftsprognosen der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin in Berlin wurden jedoch nur auf den "höheren Leitungsebenen" geplant und blieben ohne jede Realisierung. Das ist auch aus den folgenden Zahlen der Bewerbungen in der gesamten ehemaligen DDR (d.h. einschließlich der Leipziger Sektion) für das Hochschulstudium im Fach Veterinärmedizin ersichtlich:

Bewerbungen für 1973:	4,5 Bewerber je freier Studienplatz und
für 1975:	3,5 Bewerber je freier Studienplatz.

Die Studienbewerbungen für 1975/76 (Stand November 1974) für Veterinärmedizin sagten aus, daß nur noch 30 freie Plätze an 134 Bewerber in der gesamten DDR zu vergeben waren. 52 von den Bewerbern wurden als "besonders geeignet" eingeschätzt. Es konnte in 104 Fällen keine Zulassung erfolgen (Akte: DY 30/ IV B2/ 9.04/ 124, SAPMOB).

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde über die Bewerbungssituation für Veterinärmedizin in der DDR protokolliert, daß 80 Plätze als Plan von Zulassungen vorgesehen waren, wogegen 95 davon schon zum 6. Februar 1976 zugelassen waren.

Das Verhältnis der Bewerber je freier Studienplatz entspannte sich damit in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Es betrug 1977: 1,2 -1; 1978: 1,5-1 und 1979: 1,1-1. Bei konstant bleibenden Zulassungszahlen von 100 Studenten waren zum Jahresende des vorhergehenden Jahres schon immer dreiviertel der Plätze besetzt. Dies steigerte sich 1978 dahingehend, daß mehr Studienplätze besetzt wurden als für das kommende Jahr geplant war. Über die Hälfte der Zulassungen für das jeweilige Studienjahr erfolgte sogar schon fast 2 Kalenderjahre vorher (Akte: DY 30/ IV B2/ 9.04/ 125, SAPMOB).

### 6.3.1.2 Inhalt

Die SED Kreisleitung der Humboldt-Universität zu Berlin hielt in ihren Sitzungsprotokollen im Januar 1972 u.a. fest, es könne nicht übersehen werden, daß es in einigen Grundorganisationen (z.B. TPV) Diskussionen gäbe, in denen von einem Teil des Lehrkörpers und der Studenten die Meinung vertreten werde, die Durchsetzung der neuen Ausbildungsprogramme sei nur möglich, wenn die Studienzeit 5 Jahre betrüge.

In einem Monatsbericht der APO (Abteilungsparteiorganisation) 2. Studienjahr TPV wurde hinsichtlich einiger Lehrveranstaltungen vermerkt, daß die schlechte Studiendisziplin durch mangelnde Qualität der Vorlesungen ausgelöst werde. Das betreffe besonders Biochemie und Physiologie. Hier fehlten auch Schwerpunktangaben zur Orientierung für das Selbststudium. Weltanschauliche Aspekte würden zu wenig berücksichtigt (Akte: DY 30/ IV B2/ 9.04/ 20, SAPMOB).

In einem Bericht der SED Kreisleitung der Humboldt-Universität vom 9. November 1972 über Erfahrungen und Ergebnisse bei der Auswertung der 6. Tagung des ZK zur Kulturpolitik in der DDR war zu lesen, daß es einem Teil der Genossen z.B. GO- TPV noch Schwierigkeiten bereite, die Breite des Kulturbegriffes und seine tiefe politische Bedeutung insbesondere in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus richtig zu verstehen. Außerdem seien auch z.B. an der GO- TPV Kommissionen gebildet worden, die unter Führung der GOL die differenzierten Formen der Kulturarbeit koordinierten. Es würden die bereits begonnenen Ansätze zur kulturästhetischen Erziehung der Studenten (z.B. Sektion TPV) mit einer Auswertung und Verallgemeinerung der bisher gesammelten Erfahrungen im gesamten Studienjahr kontinuierlich und mit höherer Effektivität fortgeführt (Akte: DY 30/ IV B2/ 9.04/ 3, SAPMOB).

Das Jahr 1972 stellte auch sogenannte gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Anforderungen an die Sektion TPV der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie wurden u.a. darin gesehen, daß intensivste Arbeit an jenem Erkenntnisvorlauf zu leisten sei, den die Prozesse und Verfahren der industriemäßigen Tierproduktion benötigen. Dafür seien klassenbewußte hochqualifizierte Kader auszubilden. Eine hohe Wissenschaftlichkeit in der Arbeit, bedingt durch fundierte Fachkenntnisse und vertiefte Kenntnisse der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, ein fester Klassenstandpunkt, Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein, sozialistischer Gemeinschaftsgeist und Arbeitsdisziplin, Kämpfertum und Mut zum Risiko, Gewissenhaftigkeit und Ehrgefühl seien Eigenschaftscharakteristika eines Absolventen einer sozialistischen Hochschule (Akte: DY 30/ IV B2 / 9.04/ 23, SAPMOB).

Für die Ausbildung in der Veterinärmedizin in der DDR wurde am 1. September 1973 ein präziserer Studienplan eingeführt, der auf die Arbeit der Absolventen in Staatlichen Tierärztlichen Gemeinschaftspraxen und in industriemäßig produzierenden Anlagen der Tierproduktion ausgerichtet war. Im Erziehungs- und Ausbildungsprozeß der Studenten wurde der Entwicklung und Festigung der gesellschaftlichen Motivation ihres Studiums und Berufslebens größte Beachtung geschenkt. Es sollte eine praxisverbundene Ausbildung durchgeführt werden. Die militärische und Zivilverteidigungsausbildung blieb integrierter Bestandteil des Erziehungs- und Ausbildungsprozesses auch an der Sektion TPV der HU.

Bis 1975 sollte die Sektion TPV jährlich 40 Studenten in der Fachrichtung Veterinärmedizin ausbilden (Akte: DY 30/ IV B2/ 9.04/ 124, SAPMOB).

In einem Bericht zur Auswertung der Ergebnisse der "wissenschaftlich- methodischen Konferenz Agrarwissenschaften" in Halle vom Dezember 1975 stellte der amtierende Direktor der Sektion für Erziehung und Ausbildung u.a. fest, daß der gesamte Studenumfang pro Woche für die einzelnen Studienjahre zu hoch sei, besonders im 2. Studienjahr. Aufgrund von

Einsätzen (z.B. Beseneinsatz -Reinigungsaufgaben auf dem Sektionsgelände im 1. Studienjahr, Einsatz im Studentenheim 2. Studienjahr, Zuckerrübeneinsatz alle Studienjahre) sei es bisher in keinem Studienjahr gelungen, den präzisierten Studienplan wie vorgeschrieben voll umzusetzen. In der Fachrichtung Veterinärmedizin komme es sehr früh schon im 1. Studienjahr zur Bildung von Übungsgruppen, die dann die Basis für die Studiengruppen darstellten. Bei einer Studienbelastung von 34 Wochenstunden und gesellschaftlicher Arbeit sei im 2. Studienjahr ein befriedigendes Selbststudium kaum noch möglich.

Darüber hinaus konnte festgestellt werden, daß es keine ideologischen Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit der Veterinärmediziner und Tierproduzenten in einer gemeinsamen Sektion gäbe. Es habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß diese Zusammenarbeit notwendig sei und zu einer höheren Effektivität der Leistungen bei der Erziehung und Ausbildung, Weiterbildung und Forschung wesentlich beitrüge. Vor allem durch die gemeinsame Lösung interdisziplinärer Forschungsaufgaben, z.B. zwischen den Bereichen Innere Veterinärmedizin und Tierernährung, Biochemie, Tierzüchtung und Haustiergenetik, Chirurgie und Tierzüchtung und Haustiergenetik. Als integrierendes Element wirke sich diese auch bei der Weiterbildung von Fachtierärzten aus (Akte: 307/79 -1, HUB Archiv).

In einem Bericht des stellvertretenden Direktors für Erziehung und Ausbildung der Sektion TPV vom 15. April 1979 "Über die Umsetzung der neuen, präzisierten Studienpläne" 1972, 1974 und 1976 wurde hervorgehoben, daß die Seminargruppenberater Tätigkeit an der Sektion einen traditionsgemäß hohen Stellenwert einnahm und sich schwerpunktmäßig auf die ersten beiden Studienjahre konzentrierte. Mit der Funktion des Seminargruppenberaters beauftragte die Sektionsleitung im Rahmen der Möglichkeiten des Kaderbestandes die politisch und pädagogisch fortgeschrittensten und engagiertesten Mitarbeiter, vorwiegend Genossen. Hinsichtlich der Verbindung von Seminargruppenberater Tätigkeit und Patenschaftsbeziehungen zwischen Lehrbereichen, denen der Berater angehört und studentischen Seminargruppen, gäbe es bereits gute Erfahrungen (Akte: 307/79 - 2, HUB Archiv).

Für den Ablauf des Studienprozesse galten folgende Rechtsvorschriften:

- Praktikumsordnung vom 28. August 1975,
- Prüfungsordnung vom 3. Januar 1975,
- Diplomordnung vom 26. Januar 1976 und
- Disziplinarordnung vom 10. Juni 1977.

Der Direktor für E/A hob in seinem Bericht außerdem hervor, daß noch Reserven bei der weiteren Vertiefung der Berufs- und Studienmotivation und der vollen Ausschöpfung des Leistungsvermögens der Studenten bestünden. Bei einigen Studenten seien offensichtlich Berufs- und Studienmotivation nicht deckungsgleich. Weiterhin führte er aus, daß gewisse Unzulänglichkeiten in den Studienplänen selbst begründet seien, wie z.B.:

- zu starke zeitliche Einengung einiger naturwissenschaftlicher Grundlagenfächer auf 1-2 Semester,
- zu hohe Wochenstundenbelastung, insbesondere in den 2. und 3. Studienjahren und
- relative Häufung von Prüfungen in einigen Studienabschnitten des 2. und 3. Studienjahres.

Für einzelne Unterrichtsdisziplinen (Sozialistisches Recht, GABS= Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz sowie ökonomisch- mathematische Methoden) bestünden Schwierigkeiten in der kadermäßigen Absicherung der Lehre.

In der Fachrichtung Veterinärmedizin erfolgten zahlreiche Konsultationen zwischen den Lehrbereichen direkt und innerhalb der 1977 geschaffenen Wissenschaftsgruppen mit dem Ziel, Überschneidungen der Lehrinhalte zu vermeiden und einen notwendigen Kenntnisvorlauf gegenseitig zu garantieren (z.B. Pathophysiologie- Pathologie- Chirurgie, Toxikologie- Veterinärhygiene, Pathologie- Anatomie- Lebensmittelhygiene, Anatomie- Biochemie- Physiologie usw.)

In den klinischen Disziplinen würde ein Klinikminimalprogramm für jeden Studierenden mit entsprechenden Kontrollmöglichkeiten (Testatkarten) erarbeitet. Der Bereich Chirurgie eröffnete in der Klinik Hoppegarten (im Osten Berlins) für alle Studenten der Fachrichtung Veterinärmedizin die Möglichkeit, fakultativ am klinischen Unterricht am Pferd an den Wochenenden teilzunehmen. Ein wichtiger Schritt war die Wiederaufnahme des poliklinischen Unterrichts auf dem Gebiet der Kleintierkrankheiten. Als eine langjährige gute Tradition wurde die fakultative Vorlesungs- und Demonstrationsveranstaltung zur vergleichenden Ethologie durch den damaligen Direktor des Tierparks Berlin hervorgehoben (Akte: 307/79 - 2, HUB Archiv); als Trägereinrichtung fungierte das Institut für Parasitologie.

Über die Diplomarbeitszeit wurde angemerkt, daß den Studenten der Fachrichtung Veterinärmedizin im 8. Semester ein unterrichtsfreier Arbeitstag je Woche, im 9. Semester 6 Wochen (insgesamt im Durchschnitt 8 Wochen ) zur wissenschaftlichen Arbeit zur Verfügung stünden. Die bisher geübte Verfahrensweise der Vergabe der Diplomarbeits Themen als öffentliche Themenbekanntgabe nach der Vorgabe der Bereiche sowie in Abstimmung der Hauptbereiche Erziehung und Ausbildung sowie Forschung und der FDJ-Grundorganisationsleitung bleibe bestehen. Es erfolge dazu ebenfalls eine Erläuterung der wissenschaftlichen Aufgabenstellung und des volkswirtschaftlichen Erfordernisses durch den Bereichsleiter. Als Zeitpunkt der Vergabe der Themen werde das 4. Semester beibehalten. Es fänden regelmäßige Diplomanden-seminare statt.

Die Durchführung der Praktika wurde in folgender Form festgelegt:

- Produktionspraktikum in industriemäßigen Anlagen für 4 Wochen im 1. Studienjahr
- Propädeutisch- tierärztliches Praktikum in Staatlichen, Tierärztlichen Gemeinschaftspraxen (6 Wochen im 2. Studienjahr)
- Praktikum der LMH (Fleischhygienepraktikum) in Schlachtbetrieben und Fleischkombinaten (4 Wochen im 4. Studienjahr)
- Leitungspraktikum der Fachrichtung Veterinärmedizin in industriemäßigen Anlagen der LPG, VEG und ihren kooperativen Einrichtungen (10 Wochen im 5. Studienjahr).

Hier sollte eine enge Verflechtung von Theorie und Praxis und eine unmittelbare Vorbereitung auf den künftigen Einsatz in der sozialistischen Praxis erfolgen, indem die Studenten schon Elemente oder ganze Komplexe ihrer zukünftigen Tätigkeit übten und beherrschen lernten. Die Studenten wurden mit Leitungsaufgaben konfrontiert und auch direkt in Leitungsfunktionen eingesetzt (Akte: 307/79 - 2, HUB Archiv).

### 6.3.2 *Forschung*

Das Wissenschaftsprofil der Sektion TPV war Anfang der 70er Jahre gekennzeichnet durch:

- die Entwicklung von Grundlagen der Tierzucht, ihrer Anwendung in der Praxis und die industriemäßige Zuchtorganisation,
- die Entwicklung von Grundlagen der Tierernährung, ihrer praktischen Anwendung und die Entwicklung volkswirtschaftlich effektiver Fütterungsregime,
- die Entwicklung von Grundlagen veterinärmedizinischer Verfahren zur Sicherung der industriemäßig organisierten Tierproduktion und einer hohen Qualität von Lebensmitteln tierischer Herkunft.

Die Sektion TPV konzentrierte sich dabei auf folgende Forschungskomplexe:

1. Optimale Gestaltung der Wechselwirkungen zwischen dem zu schaffenden genetisch determinierten Leistungspotential und technologischen Erfordernissen durch Weiterentwicklung der Zuchtverfahren und Entwicklung neuer Selektionskriterien auf der Grundlage biochemischer und physiologischer Kennwerte
2. Ernährungsregime für Wiederkäuer,
3. Entwicklung hochmechanisierter bzw. teilautomatisierter Überwachungs- und Prophylaxesysteme einschließlich biochemischer Methoden zur Steuerung der Fortpflanzung

(Akte: DY 30/ IV B2/ 9.04/ 124, SAPMOB).

Zur Wissenschaftsentwicklung dieser Zeit wurde ausgeführt, daß die Forschungskomplexe ihre Wurzeln in der bisherigen wissenschaftlichen Entwicklung der Disziplinen der Sektionen haben sollten und in Übereinstimmung mit der zentralen Agrarforschung der DDR stünden. Sie entsprächen den Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten der internationalen sozialistischen ökonomischen Integration. Im Verband der Humboldt-Universität seien vielfältige Möglichkeiten und Voraussetzungen für die interdisziplinäre und intersektionelle Forschungs- und Bildungs-kooperation gegeben. In diesen Komplexen der Grundlagendisziplinen, der angewandten biologischen bzw. veterinärmedizinischen und auch ökonomischen Disziplinen seien 95 % des wissenschaftlichen Potentials verankert. Lediglich 5 % wären dort nicht direkt zu integrieren. Dies seien die Pferdekrankheiten, die Augenkrankheiten bei Tieren sowie die Kleintierkrankheiten. Bezüglich der Nutztierarten und damit der Produktionsorientierung werde die Berliner Sektion in der Orientierung auf die Rinder und das Geflügel ausgerichtet sein (Akte: DY 30/ IV B2/ 9.04/ 124, SAPMOB).

Man wollte sich auch die Erfahrungen der Sowjetunion in der Forschung zunutze machen. So z.B. im Bereich Innere Veterinärmedizin mit der:

- Prüfung des "nadellosen Veterinärinjektors JBV-Oi" zur intrakutanen Tuberkulinisierung der Haustiere,
- Anwendung sowjetischer Erfahrungen der Elektrolytherapie bei Jungtieren als intraperitoneale Applikation von Elektrolytlösungen und
- Prüfung des Infusionsapparates nach Bobrow.

Die Bestimmung der Alkalireserve nach einem Mikrodiffusionsverfahren mit Doppelkölbchen nach Kondrachin und Lutzkij wurde ebenfalls erprobt.

Über die Beteiligung an der Forschungstätigkeit der Sektion TPV wurde Ende 1975 festgehalten, daß sich seit der Gründung der Sektion die Zahl der an der Vertragsforschung beteiligten Mitarbeiter kontinuierlich erhöht hätte. Zu beachten sei dabei die starke Zunahme der Beteiligung "sonstigen Fachpersonals" in der Forschung und der Gleichstand (seit 1968) im Einsatz der Wissenschaftler. Diese Verhältnisse seien durch die quantitativ und qualitativ erhöhten Anforderungen in der Aus- und Weiterbildung bedingt (Akte: 307/79 -1, HUB Archiv).

1977 wurde eine Entwicklungskonzeption der Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin erarbeitet, aus der hervorging, daß die Produktion in der Landwirtschaft z.Z. bei Bestandsgrößen von 6.000 bis 10.000 Milchkühen, 15.000 bis mehr als 25.000 Jung- oder Mastrindern sowie in Schweine- und Geflügelkombinaten erfolge. Die Sektion TPV der HUB stelle für die Lösung dieser Aufgabenstellung ein bedeutsames Wissenschaftspotential dar, das ausgehend von der vorhandenen Wissenschaftstradition zielgerichtet eingesetzt werden müsse.

### 6.3.3 *Entwicklungskonzeption*

In der Entwicklungskonzeption der Sektion von 1977 wurde festgehalten, daß die Sektion in der gesundheitlichen Betreuung der Nutztierbestände auch in Zukunft volkswirtschaftlich notwendige Dienstleistungen zu erbringen habe. Das beträfe in erster Linie die klinische Versorgung für Tierbestände der Bezirke Cottbus, Berlin, Frankfurt/O., die wiederum für die Ausbildung und z.T. für die Forschung von großem Nutzen seien. Darüber hinaus erwüchsen den Laboratorien der Sektion aufgrund ihrer methodischen Besonderheiten für andere Einrichtungen, wie dem Medizinischen Bereich der HU, für Institute der DAW Berlin- Buch und dem Bezirksinstitut für Veterinärmedizin Berlin spezielle Untersuchungen.

Mit der veterinärmedizinischen Versorgung von Gebrauchs- und Diensthunden der bewaffneten Organe habe die Sektion auch weiterhin eine wichtige Aufgabe. Die Hauptstadt der DDR stelle in der Haltung von Sport- und Luxustieren einen besonderen Schwerpunkt dar. In der Freizeitgestaltung der Werktätigen Berlins und seiner Umgebung würde die Zucht und Haltung dieser Tiere in der Zukunft starke Ausdehnung erfahren. Es müssten deshalb die klinisch- stationäre Behandlung und die spezifische Diagnostik bei solchen Tieren auch weiterhin von der Sektion als Dienstleistungen erbracht werden. Die poliklinische Versorgung auf diesem Gebiet müsse durch das Berliner Staatliche Veterinärwesen abgesichert werden (Akte: 307/79 - 3, HUB Archiv).

Die Weiterbildung als postgraduale Qualifizierung führte zu:

- Fachtierärzten für Rinderproduktion (zugeordnet der Tierklinik für Geburtshilfe)
- Fachtierärzten für Geflügelproduktion (zugeordnet dem Institut für Geflügelkrankheiten) und
- Fachtierärzten für Hygiene in der Nahrungsgüterwirtschaft (zugeordnet dem Institut für Lebensmittelhygiene) (Akte: 307/79 - 2, HUB Archiv).

Später erfolgte auch die Qualifizierung zu:

- Fachtierärzten für Schafproduktion (zugeordnet dem Institut für Parasitologie) und
- Fachtierärzten für Labordiagnostik (zugeordnet dem Institut für Mikrobiologie).

Mitte der 70er Jahre schätzte die Sektionsleitung den baulichen Zustand des Sektionsgeländes kritisch ein. Es sei in den letzten zwei Jahren ein rapider Verfall an Grundmitteln festzustellen. Ca. 20 % der wichtigsten Labor- und Arbeitsräume seien nicht mehr oder nur noch teilweise benutzbar. Die Hörsaalfläche habe Einschränkungen erfahren. In den Kliniken seien Instandsetzungen unbedingt notwendig, die technische Infrastruktur (Heizungs-, Wasser-, Abwasser-, Elektro und Gasversorgung) sei völlig veraltet.

An den Gebäuden mußten dringende Reparaturen (Dächer, Decken, Stützwände) vorgenommen werden. Die apparate- und gerätetechnische Ausrüstung wurde als gut eingeschätzt. Für die Erziehungs- und Ausbildungsarbeit seien die materiell- technischen Bedingungen dringendst zu verbessern, durch u. a. audiovisuelle Vermittlung von Lehrstoffen, mikroskopische Präparate, Farbfernsehgeräte, Lehrfilme und 2 bis 3 Kleinbusse für Praxisfahrten (Akte: DY 30/ IV B2/ 9.04/ 124, SAPMOB).

Ebenfalls Mitte der 70er Jahre verfügte die Bezirksleitung der SED -wie auch in anderen Betrieben Ostberlins- eine Kampfgruppeneinheit an der Humboldt-Universität aufzubauen. Die "Kampfgruppen der Arbeiterklasse" hatten die Aufgabe, im sogenannten "Ernstfall" bei Bedarf zusammen mit der Nationalen Volksarmee der DDR eingesetzt zu werden. Geworben wurden für diese "ehrenvolle" Aufgabe vornehmlich SED-Genossen, aber auch Angehörige der sogenannten Blockparteien der DDR sowie aufgrund zahlenmäßiger Probleme auch parteilose Mitarbeiter. Eine Absage an die Werbung für die Kampfgruppe war für die Wissenschaftler hinsichtlich ihrer persönlichen Karriere ein Risiko. Die "militärischen Ertüchtigungen" fanden in der Regel an Wochenenden und Feiertagen statt. Auch Aufmärsche und die Teilnahme an Paraden gehörten zum Ritual dieser "Truppe". Ihre Etablierung kostete natürlich auch Geld und die Wissenschaftler auch eine Menge wertvoller Zeit. Nicht wenigen "Kämpfern" gelang mit List (Atteste u.a.) der vorzeitige Ausstieg aus dem ungeliebten "Kriegsspiel", zumal am Ende der 80er Jahre vermehrte "Zweikampfübungen" den eigentlichen Hintergrund verdeutlichten. Als Anschauungsunterricht dienten den Kämpfern die sehr raubeinigen Fans des Fußballklubs "Union Berlin", die es im "Stadion an der alten Försterei" (Wuhlheide) bei Ausschreitungen zu disziplinieren galt.

Die Abb. 20<sup>37</sup> zeigt die Kampfgruppenhundertschaft der HU am 06.10.1978 bei der Namensverleihung (Angehörige der Sektion TPV sind nicht zu erkennen). Glücklicherweise ist auch dieser Kampfgruppeneinheit durch die friedliche Revolution in der DDR der oft "trainierte Ernstfall" erspart geblieben.

---

<sup>37</sup>Quelle für das Originalfoto: Archiv der Medizinischen Tierklinik der Humboldt-Universität

Folgende Übersicht enthält die Wissenschaftsbereiche und ihre Leiter zum Wintersemester 1989/90 an der Sektion TPV der Humboldt-Universität zu Berlin:

Wissenschaftsbereich	Leiter des Wissenschaftsbereiches
Anatomie	Prof. Dr. Berg
Physiologie	Prof. Dr. Lyhs
Biochemie	Prof. Dr. Schülke
Pathologie	Prof. Dr. Pilz (ab 1990 Prof. Dr. Bergmann)
Parasitologie	Prof. Dr. Dr. h.c. Hiepe
Innere Veterinärmedizin	Prof. Dr. Rossow (ab 1990 Priv. Doz. Dr. Uecker)
Chirurgie	Prof. Dr. Dietz
Geburtshilfe/Gynäkologie	Prof. Dr. Busch (ab 1990 Dr. Wollrab)
Geflügelkrankheiten	Prof. Dr. Heider
Virologie	Prof. Dr. Ebner
Lebensmittelhygiene	Prof. Dr. Scheibner
Veterinärhygiene	Prof. Dr. Deutrich
Mikrobiologie/Tierseuchenlehre	Prof. Dr. Horsch
Pharmakologie/Toxikologie	Prof. Dr. Werner (ab 1990 Prof. Dr. Heinze)
Staatsveterinärkunde	Prof. Dr. Lötsch
Agrarökonomie	Prof. Dr. Adam, Prof. Dr. Hagelschuer
Sozialistische Betriebswirtschaft	Prof. Dr. Nau